



KREISPARTEITAG

GOTTENHEIM – 29. OKTOBER 2012

ANTRÄGE

Satzung der SPD-Breisgau-Hochschwarzwald	2
Anrechnung von Entgeltpunkten für die Rente bei Ersatz- und Freiwilligendiensten	3
Schlagkräftiger Wahlkampf ohne Kampagnenfähigkeit und Mitglieder vor Ort	5
Antrag zur Beschlussfassung über die Nichtnutzung der Infrastruktur studentischer Verbindungen und Burschenschaften	6

Satzung der SPD Breisgau-Hochschwarzwald

1 **Antragsteller:** SPD Kreisverband Breisgau-Hochschwarzwald

2 **Antrag:**

3 Die Satzung der SPD Breisgau-Hochschwarzwald lässt in der aktuell gültigen Form
4 keine Doppelspitze zu. Um dies zu ermöglichen sind zwei kurze Ergänzungen
5 nötig:

6 § 12 Kreisvorstand

7 (2) Der Kreisvorstand besteht aus den folgenden stimmberechtigten Mitgliedern:

8 1. Der/dem Kreisvorsitzenden **oder zwei gleichberechtigten Vorsitzenden, davon**
9 **eine Frau.**

10 und

11 § 9 Aufgaben des Kreisparteitags

12 (3) Bei Optionsregelung zum Einzel- oder Doppelvorsitz: Der Kreisparteitag
13 beschließt bei der Neuwahl des Kreisvorstandes mit einfacher Mehrheit, ob eine
14 Kreisvorsitzende oder ein Kreisvorsitzender, oder aber zwei gleichberechtigte
15 Kreisvorsitzende, davon eine Frau, gewählt werden sollen. Die Regelungen in der
16 Satzung, die die/den Kreisvorsitzende/n betreffen, gelten für die beiden
17 Kreisvorsitzenden entsprechend.

Anrechnung von Entgeltpunkten für die Rente bei Ersatz- und Freiwilligendiensten

18 **Antragsteller:** SPD Ortsverein Staufen

19 **Adressat:** Bundesparteitag

20 **Antrag:**

21 Wir fordern angesichts des Personalbedarfs sowohl in sozialen Einrichtungen wie
22 auch bei der Bundeswehr die Einrichtung eines attraktiven „Dienstes an der
23 Gesellschaft“. Innerhalb dieses Konzepts sollen Sozial- und Freiwilligendienste
24 sowie der Wehrdienst durch eine Anrechnung im Rahmen der Altersversorgung
25 (Rente und Pension) nachhaltig gestärkt und vor allem für junge Menschen
26 attraktiv gemacht werden.

27 **Begründung:**

28 Zum Hintergrund:

29 Mit der Aussetzung der Wehrpflicht und damit verbunden der quasi Abschaffung
30 des Zivildienstes sind gesellschaftlich wichtige Aufgaben unattraktiv geworden.
31 Die Corona-Pandemie hat zusätzlich vor Augen geführt, wie stark personell
32 unterbesetzt die Alten- und Krankenpflege mittlerweile ist. Die verschiedenen
33 freiwilligen sozialen/ökologischen Jahre können das Defizit nicht ausgleichen
34 werden, vor allem auch deshalb, weil die Entlohnung niedrig ist. Zugleich ist es
35 faktisch unmöglich, Freiwilligendienst Leistende marktgerecht zu entlohnen.

36 Modellvorschlag:

37 Entschließt sich nun jemand für ein soziales Jahr, tritt er mit Anstellung in ein
38 öffentliches Dienstverhältnis ein. Dieses ist grundsätzlich beitragsfrei.

39 Beendet der Beschäftigte seinen Dienst wird er im Rahmen eines bereits
40 bestehenden Verwaltungsverfahrens nachversichert.

41 Die Nachversicherung erfolgt dann aber nicht nach tatsächlich erworbenen
42 Entgeltpunkten, sondern pro Jahr ein voller Punkt.

43 Wenn jemand seine Ausbildung und Tätigkeit im öffentlichen Dienst weiterführt,
44 würde keine Nachversicherung stattfinden. Hier kann ebenfalls ein bereits
45 bestehendes Verwaltungsverfahren genutzt werden: die Anrechnung.

46 Die Anrechnung bereits im öffentlichen Dienst geleisteter Zeiten auf die
47 Jubiläumszeit, Stehzeit zur Beförderung oder Ähnliches, Beamter auf Probe, oder
48 die Erfahrungsstufen wäre denkbar. Die Besoldung/Entlohnung kann in
49 Anlehnung an das BFJ erfolgen

50 Beendet er seinen Dienst nach 12 Monaten, wird er nachversichert (siehe oben)
51 Bleibt er im Anschluss, um z.B. in der Kinderpflege seine Ausbildung zu machen,
52 kann die Dienstzeit (nicht Ausbildungszeit) nach erfolgreichem Abschluss
53 angerechnet werden, beispielsweise bei der Stehzeit für die erste
54 Erfahrungsstufe.

55 Vorteil: Die Verwaltungssysteme und Verfahrensabläufe existieren bereits,
56 lediglich der Personenkreis der Berechtigten müsste ausgeweitet und die
57 Verwaltungsvorschriften angepasst werden. Fraglich bleibt, ob und wie
58 schwerwiegend eine Wiedereinsetzung und Ausweitung der Wehrpflicht in
59 diesem Zusammenhang auch die grundgesetzlichen Regelungen betrifft.

60 Welche Effekte erhoffen wir uns dadurch?

- 61 • Steigerung der Bereitschaft zur Absolvierung eines Gesellschaftsdienstes
- 62 • Entgegenwirken zunehmender Nachwuchsprobleme in staatlichen
63 Einrichtungen (Soziales, Technisches und Verwaltung)
- 64 • Ausbau des Katastrophenschutzes im Hinblick auf zunehmende
65 Bedrohungslagen durch Klimaveränderungen und Umwelteinflüsse
- 66 • Entlastung des Gesundheits- und Pflegebereichs
- 67 • Wiederherstellung der Wehrhaftigkeit und der Fähigkeit zur
68 Auftrags Erfüllung gegenüber Bündnispartnern der Bundeswehr
- 69 • Verbesserung der Altersabsicherung
- 70 • Förderung des gesellschaftlichen Bewusstseins für die Notwendigkeit
71 sozialer Arbeit sowie Verbesserung des Umgangs miteinander innerhalb
72 der Gesellschaft
- 73 • Abschwächen der Nachteile für „Kinderlose“

Schlagkräftiger Wahlkampf ohne Kampagnenfähigkeit und Mitglieder vor Ort

74 **Antragsteller:** SPD Ortsverein Hochschwarzwald

75 **Adressat:** SPD Kreisverband Breisgau-Hochschwarzwald

76 **Antrag:**

77 Der SPD Kreisverband Breisgau-Hochschwarzwald soll sich für eine zentrale
78 Einsatz- und Verteilungsplanung von Wahlkampfmaterial durch die Landes SPD
79 einsetzen.

80 **Begründung:**

81 Die nächsten bedeutenden Wahlen dürften die Europawahl, verbunden mit den
82 Kommunal- und Kreistagswahlen sein. Es wird sich dann wieder die Frage stellen,
83 wie vor allem die überörtlichen Kandidat:innen ihre Botschaften in die Fläche
84 bekommen. Auch wenn zunehmend digitale Medien in der Wahlwerbung eine
85 Rolle spielen, sind Wahlplakate, Seniorenbriefe, Erstwählerbriefe,
86 Haustürbesuche und die Verteilung von Flyern ein Kanal, der vor Ort in den OVs
87 geleistet und vom Wähler registriert und erwartet wird.

88 Wir wissen, dass die Anzahl der Ortsvereine sinkt. Und mit ihnen die Anzahl derer,
89 die neben der Präsenz an Wahlkampfständen auch bereit sind, bei Wind und
90 Wetter die jeweiligen Wahlkampfbotschaften an Laternen und Briefkästen zu
91 verteilen.

92 Wir wissen, dadurch entstehen immer größere weiße Flecken von Regionen, die
93 von der SPD und ihren jeweiligen Kandidat:innen nichts mitbekommen. Das sind
94 schlechte Voraussetzungen für den Moment der Stimmabgabe.

95 Wir fordern deshalb die Landes SPD auf, zusammen mit den Mandatsträger:innen
96 und Kandidat:innen einen zentralen Verteilungsplan aufzustellen, der die
97 zentrale Verteilung von Wahlbriefen und Flyern in die komplette Fläche aller
98 Wahlkreise zum Ziel hat. Die Spareffekte durch den Versand großer Mengen
99 müssen zentral gehoben werden, um in der Fläche präsent zu sein. Gleiches gilt
100 für das Aufhängen der Wahlplakate, die zukünftig nur durch Dienstleister in der
101 kompletten Fläche sichtbar sein werden.

102 Es geht nicht darum, dass vor Ort Wahlkampf nicht mehr gemacht werden soll.
103 Die Frage wird sein, ob die Wahlkampfaktionen der letzten Jahre noch für wichtig
104 erachtet werden, und wenn ja, wer es dann mit Ernst und Engagement machen
105 kann.

Antrag zur Beschlussfassung über die Nichtnutzung der Infrastruktur studentischer Verbindungen und Burschenschaften

106 **Antragsstellende Gliederungen in alphabetischer Reihenfolge:** SPD-OV
107 Dreisamtal, SPD-OV Hochschwarzwald, Jusos Breisgau#Hochschwarzwald, SPD-
108 Queer Freiburg/Breisgau-Hochschwarzwald

109 **Adressat:** SPD Kreisverband Breisgau-Hochschwarzwald

110 **Antrag:**

111 Der SPD KV Breisgau Hochschwarzwald beschliesst hiermit, dass seine Gremien,
112 Gliederungen, Organisationen (oder ähnliches), weder Strukturen oder
113 Räumlichkeiten von studentischen Verbindungen oder Burschenschaften für
114 seine Veranstaltungen nutzen, noch in anderer Weise mit diesen kooperieren
115 oder sie unterstützen. Dieser Beschluss ist bindend.

116 **Begründung:**

117 Im Mittelpunkt solcher Verbindungen steht das „Lebensbundprinzip“, das soziale
118 Hierarchien und Abhängigkeiten schafft, welche unvereinbar mit unserer
119 Vorstellung einer sozialen und liberalen Gesellschaft sind. Auch den sogenannten
120 „liberalen“ Verbindungen liegt häufig ein sexistisches und patriarchisches
121 Weltbild zugrunde. Wir als SPD sollten daher stattdessen auf Strukturen oder
122 Einrichtungen uns nahestehender Organisationen, wie Gewerkschaften,
123 Naturfreunde, Falken, oder Örtliche Vereine zurückgreifen und diese
124 unterstützen.